C/2024/4053

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Engagement junger Menschen EU/Vereinigtes Königreich

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/4053)

Berichterstatter: **Cillian LOHAN**

Berater	Maurizio CUTTIN
Beschluss des Plenums	21.9.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 GO
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme im Arbeitsorgan	3.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	154/2/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Als „europäisches Haus der Zivilgesellschaft“ ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) davon überzeugt, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in der Europäischen Union als auch im Vereinigten Königreich in einzigartiger Weise in der Lage sind, das Engagement junger Menschen in der EU und dem Vereinigten Königreich zu unterstützen und zu erleichtern, und er ist entsprechend den Ausführungen in dieser Initiativstellungnahme bereit, seinen Teil dieser Verantwortung zu übernehmen.

Mobilität junger Menschen

1.2. Angesichts der negativen, durch den Brexit bedingten Auswirkungen auf die Mobilitätsregelungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, die junge Menschen unverhältnismäßig stark zu spüren bekommen, fordert der EWSA vor allem die Europäische Kommission dazu auf, mit einem Verhandlungsangebot über eine ehrgeizige Partnerschaft im Bereich der gegenseitigen Mobilität junger Menschen an die Regierung des Vereinigten Königreichs heranzutreten. Diese Partnerschaft sollte darauf abzielen, die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt zu Zwecken wie Forschung, Studium, Aus- und Weiterbildung sowie im Rahmen eines Jugendaustauschs festzulegen.

1.3. Davon abgesehen fordert der EWSA die Europäische Kommission eindringlich dazu auf, die Verhandlungen mit der britischen Regierung über den vollständigen Wiedereinstieg des Vereinigten Königreichs in das Programm Erasmus+ zu intensivieren. Diese Position wird sowohl vom Europäischen Jugendforum ([1]) und vom British Youth Council ([2]) als auch von vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen im Vereinigten Königreich ([3]) und in der EU offiziell unterstützt.

([1]) https://www.youthforum.org/files/231207-PP-Erasmus.pdf.

([2]) https://www.byc.org.uk/uk-young-ambassadors/2024/advocating-for-erasmus-in-parliament-and-beyond [Anmerkung: Angesichts der Unsicherheit, die dadurch entstanden ist, dass der British Youth Council am Donnerstag, den 21. März 2024 Insolvenz angemeldet hat (siehe Ziffer 3.2), wird darauf hingewiesen, dass sich alle Verweise auf diese Organisation, solange sie noch besteht, auch weiterhin auf den British Youth Council beziehen. Sollte der British Youth Council als juristische Person aufgelöst werden, sind entsprechende Verweise in der Stellungnahme so zu verstehen, dass sie sich auf die gewählte Gruppe internationaler „UK Young Ambassadors“ und ihre Nachfolgestruktur beziehen.].

([3]) https://1.yem.org.uk/embrace-erasmus.

1.4. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, zu bestätigen, dass das Vereinigte Königreich jederzeit über einen Wiedereinstieg in das Programm „Kreatives Europa“ verhandeln kann. Er bestärkt die Kommission außerdem darin, sich in ihrem diplomatischen Austausch mit dem Vereinigten Königreich aktiv für das interkulturelle Lernen einzusetzen.

1.5. Der EWSA verweist auf die äußerst negativen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits auf Tourneen von Künstlerinnen und Künstlern ([4]) und damit auch auf die kulturellen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Dieser Punkt wurde sowohl vom Ausschuss für europäische Angelegenheiten des Oberhauses des britischen Parlaments ([5]) als auch bei den jüngsten Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung EU-Vereinigtes Königreich ([6]) angesprochen. Er fordert die Kommission auf, sich hinsichtlich der Hindernisse für die Mobilität Kreativschaffender mit der britischen Regierung zu verständigen und ggf. auch eine gegenseitige Befreiung von der Visumpflicht für die Kreativwirtschaft oder eine „Freistellung für die Kultur“ im Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Erwägung zu ziehen.

1.6. Der EWSA weist darauf hin, dass der starke Rückgang der Zahl der Klassenfahrten in das Vereinigte Königreich bzw. in die EU ([7]) für beide Seiten mit erheblichen negativen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden ist, und fordert die Kommission auf, mit der britischen Regierung in Verhandlungen über gegenseitige Reiseregelungen für Schülerinnen und Schülern zu treten. Dies sollte auch eine Regelung für schulische Gruppenreisen umfassen, damit bei Klassenfahrten und anderen Reisen junger Menschen ins Vereinigte Königreich bzw. in die EU nicht alle Schülerinnen und Schüler einen Reisepass mitführen müssen. Ein erster positiver Schritt war der Beschluss vom 28. Dezember 2023, der es ermöglicht, dass Schülerinnen und Schüler französischer Schulen mit der Staatsbürgerschaft Frankreichs oder eines anderen Mitgliedstaats der EU für Sprachaufenthalte im Vereinigen Königreich lediglich einen Personalausweis mitführen müssen, sodass die Notwendigkeit eines kostspieligen Visums entfällt ([8]).

Strukturierte Einbindung

1.7. Der EWSA fordert die Europäische Kommission dazu auf, nach dem Vorbild der EU-Initiative „Youth Sounding Board“ für internationale Partnerschaften ([9]) mit dem Vereinigten Königreich über den Aufbau gegenseitiger Beratungsstrukturen für Jugendliche in den jeweiligen diplomatischen Vertretungen beider Seiten zu verhandeln.

1.8. Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Jugenddialogs und der Zusammenarbeit spricht sich der EWSA nachdrücklich für die Schaffung eines neuen strukturierten Kontakts zwischen der EU und den Behörden des Vereinigten Königreichs sowie in Schottland, Wales und Nordirland aus. Junge Menschen sollten umfassend einbezogen werden, auch im Hinblick auf die Jugendarbeit und das nichtformale Lernen.

1.9. Der EWSA empfiehlt nachdrücklich, dass beide Seiten junge Menschen strukturell in die bestehenden Beteiligungsstrukturen einbeziehen. Die strukturierte und regelmäßige Einbeziehung der Jugend aus dem Vereinigten Königreich sollte ermöglicht, gefördert und finanziell ausreichend ausgestattet werden, zum Beispiel im Rahmen der jährlichen Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say“ ([10]) des EWSA, der jährlichen Veranstaltung „LevelUP!“ ([11]) und des Europäischen Jugendevents (EYE) ([12]) des Europäischen Parlaments, des EU-Jugenddialogs ([13]) und vergleichbarer Initiativen.

1.10. Die EU und das Vereinigte Königreich sollten die gemeinsame Einrichtung und Finanzierung eines britisch-europäischen Jugendkoordinierungsforums in Erwägung ziehen, das sich u. a. aus Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände Europäisches Jugendforum ([14]), British Youth Council ([15]), Young Scot ([16]), Jugendforum Nordirlands ([17]) und Urdd ([18]) zusammensetzt, um in einem regelmäßigen Dialog die dringlichsten Fragen mit Blick auf die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Jugendbereich zu erörtern. Diese Akteure sollten berücksichtigt werden, wenn es darum geht, den EU-Jugendtest im EWSA im Rahmen der Erarbeitung von EWSA-Stellungnahmen durchzuführen.

([4]) https://www.theguardian.com/politics/2023/aug/22/music-industry-workers-no-work-in-eu-since-brexit.
([5]) https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-9658/.
([6]) https://www.europarl.europa.eu/delegations/de/d-uk/activities/inter-parliamentary.
([7]) https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/749799/EPRS_ATA(2023)749799_EN.pdf.
([8]) https://www.lemonde.fr/en/france/article/2023/12/28/uk-lifts-brexit-obstacles-for-french-students-and-schoolchildren_6382995_7.html.
([9]) https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/youth/youth-sounding-board_en#current-youth-sounding-board.
([10]) https://www.eesc.europa.eu/de/initiatives/your-europe-your-say.
([11]) https://youth.europa.eu/news/join-us-level-i-care-i-vote_de.
([12]) https://european-youth-event.europarl.europa.eu/de/previous-editions.
([13]) https://youth.europa.eu/get-involved/eu-youth-dialogue/previous-eu-youth-dialogue-consultations_de.
([14]) https://www.youthforum.org/.
([15]) https://nya.org.uk/byc/.
([16]) https://young.scot/.
([17]) https://niyf.org/.
([18]) https://www.urdd.cymru/en/.

1.11. Der Jugendsektor ist weder in den europäischen noch in den britischen internen Beratungsgruppen des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vertreten. Der EWSA fordert daher die Kommission dazu auf, Vertreterinnen und Vertretern des Jugendsektors eine umfassende und aktive Beteiligung zu ermöglichen und alle finanziellen Hindernisse für die Teilnahme an den internen Beratungsgruppen zu beseitigen. Der EWSA fordert die Kommission des Weiteren dazu auf, auf das Vereinigte Königreich zuzugehen, um dem Jugendsektor auf der britischen Seite eine Beteiligung an den internen Beratungsgruppen zu ermöglichen. Diese Struktur zur Förderung der bilateralen Beziehungen kann langfristig nur dann Bestand haben, wenn auch junge Menschen dort gehört werden.

1.12. Der EWSA begrüßt das Projekt „EU/UK Youth – Stronger Together" ([19]) des British Council, über das sich junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren aus der EU und dem Vereinigten Königreich kennenlernen und zusammenarbeiten können. Der EWSA hält dieses Projekt für ein hervorragendes Beispiel für ein Modell zur Erleichterung künftiger bilateraler Jugendinitiativen der EU und des Vereinigten Königreichs zur Schaffung von Kontakten zwischen jungen Menschen, ihrer Förderung und Weiterentwicklung.

Andere Formen der Einbindung junger Menschen

1.13. Der EWSA empfiehlt eine Bestandsaufnahme der Möglichkeiten, die sich jungen Menschen bieten. Dies wäre äußerst hilfreich für den Aufbau von Kapazitäten, um sie darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten sie praktisch haben. Klare Berufswege sollten aufgezeigt und jungen Menschen dafür in der Schule, durch Kooperationen und im Rahmen der Berufsberatung berufsspezifisches Wissen vermittelt werden. Entsprechend bewährter Praktiken sollte auch ein Programm für die Ausbildung, bspw. in der Landwirtschaft, dazugehören ([20]).

1.14. Der EWSA fordert die Einrichtung einer zentralen und zugänglichen Informationsplattform für junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die durch den Brexit dauerhaft von den strengen neuen Vorschriften für den Waren- und Dienstleistungsverkehr über den Ärmelkanal und der Unsicherheit in Bezug auf den Marktzugang betroffen sind.

1.15. Der EWSA empfiehlt eine Verbesserung des strukturierten Peer-to-Peer-Lernens, das nicht nur für Organisationen der Zivilgesellschaft großen Wert hat, sondern auch von lokalen Behörden und Regierungsstellen als Modell übernommen werden könnte. Obwohl die Verbindungen zu den EU-Netzen in Wales im Großen und Ganzen intakt geblieben sind, müssen sie gestärkt werden, um das Bestehen des grenzüberschreitenden Wissensaustauschs auch in Zukunft zu gewährleisten. Als positives Beispiel kann angeführt werden, dass das auf EU-Ebene angesiedelte *Rural Youth Forum* einen walisischen Vertreter als Vorsitzenden hat. Dagegen steht Gruppen junger Landwirte – mit Ausnahme des Verbands NFU Next Generation ([21]), der England und Wales vertritt – die Mitgliedschaft im Europäischen Rat der Junglandwirte (CEJA) ([22]) nicht mehr offen.

EU Settlement Scheme und junge Menschen

1.16. Die Abläufe im Rahmen des Verfahrens *EU Settlement Scheme* (Verfahren für EU-Bürger zur Beantragung eines Rechts auf Aufenthalt im Vereinigten Königreich – EUSS) haben auch für junge Menschen unangenehme Auswirkungen, da für jedes Kind ein gesonderter EUSS-Antrag gestellt werden muss, der in der Regel von den Eltern eingereicht wird. In einigen Fällen wurde diese Vorschrift aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten, was schwerwiegende Folgen für die Kinder hatte. Diese Folgen könnten durch eine benutzerfreundlichere Anleitung und eventuell auch durch Aufklärungsmaßnahmen vermieden bzw. abgemildert werden.

1.17. Im Zusammenhang mit dem EUSS-Verfahren kommt es im Vereinigten Königreich und in einigen EU-Mitgliedstaaten weiterhin zu Komplikationen, die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben können. Interessenvertretungen weisen auf die Gefahr eines „Windrush-Effekts" im Vereinigten Königreich hin [Anmerkung der Übersetzung: Bei dem Windrush-Skandal handelt es sich um eine politische Affäre im Vereinigten Königreich Ende der 2010er Jahre, in deren Zuge Tausende seit Jahrzehnten in Großbritannien lebende Bürgerinnen und Bürger aus früheren britischen Kolonien aufgrund fehlender Dokumentation als illegale Einwanderer betrachtet und behandelt wurden.], da aufgrund des ausschließlich digitalen Systems Kinder in verschiedenen schutzbedürftigen Gruppen eventuell nicht registriert werden. Zusätzlich zu dem digitalen Verfahren muss es auch eine physisch vorliegende Aufenthaltserlaubnis geben. Außerdem wird eine rund um die Uhr besetzte Hotline benötigt.

1.18. In der EU sind die Daten immer noch nicht auf dem neuesten Stand, insbesondere bei Anträgen auf Aufenthaltskarten zum Nachweis des Status nach dem Austrittsabkommen in Ländern mit deklaratorischen Systemen. Daher ist derzeit auch noch nicht abzusehen, wie viele Kinder und Jugendliche zukünftig Schwierigkeiten haben werden, ihren Status nachzuweisen. In einigen Ländern besteht sogar Unklarheit darüber, ob Kinder registriert werden müssen oder ob sie im Besitz einer Aufenthaltskarte sein müssen und wie sie diese erhalten können. Auch im Zusammenhang mit Familienzusammenführungen kommt es in einer Reihe von Ländern zu Problemen unterschiedlicher Art. Öffentliche Mittel für eine rechtliche Vertretung durch einen Anwalt gibt es entweder gar nicht oder sie werden schrittweise abgebaut, obwohl die Fälle ständig mehr und komplexer werden.

([19]) https://www.britishcouncil.be/programmes/education/stronger-together.
([20]) https://www.wwf.org.uk/wales/land-of-our-future.
([21]) https://www.ceja.eu/who-we-are/people.
([22]) https://www.ceja.eu/home.

1.19. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission auf, gemeinsam mit der Regierung des Vereinigten Königreichs den Punkt einer physischen Aufenthaltsgenehmigung noch einmal zu überdenken und die Finanzierung beizubehalten, damit gesellschaftlich engagierte Gruppen, Interessenvertretungen und Behörden so lange Unterstützung leisten können, wie es zu Problemen kommt. Der EWSA begrüßt die Nachricht, dass die Finanzierung für ein Projekt der Initiative „British in Europe" im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte" (CERV) ([23]) der Europäischen Kommission zum Aufbau von Kapazitäten und zur Sensibilisierung von Gruppen in elf EU-Ländern für die nächsten 20 Monate gesichert ist, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass der Finanzierungsbedarf auch in den EU-Mitgliedstaaten solange besteht, wie entsprechende Fälle immer wieder vorkommen.

Besondere Situation in Nordirland

1.20. Fehlende Finanzmittel, keine Koordinierung und die Zuweisung von Finanzmitteln ohne Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort führen in Verbindung mit Kürzungen dazu, dass Gruppen in der Jugend- und Gemeinschaftsarbeit keine Mittel erhalten. So wurden bspw. aufgrund der Kenntnisse lokaler Gebietskörperschaften der Gegebenheiten vor Ort Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen. Für Organisationen wie Disability Action (NI) ([24]) hat sich das als tragfähiges und verlässliches Finanzierungsmodell erwiesen. Nun stehen solche Initiativen vor dem Aus. Dadurch wird der Frieden in Nordirland noch stärker bedroht. Der EWSA ist daher der festen Überzeugung, dass diese Probleme dringend angegangen werden müssen, um zu verhindern, dass sich junge Menschen auf der Suche nach Unterstützung in ihrem Umfeld anderen Strukturen, u. a. paramilitärischen Organisationen zuwenden.

1.21. Der EWSA fordert die EU dazu auf, gemeinsam mit den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Irlands sowie der nordirischen Regierung (Northern Ireland Executive) für die Vorteile des grenzüberschreitenden Programms PEACEPLUS zur Förderung von Frieden und Wohlstand in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands zu werben. In diesem Zusammenhang müssen sich alle Parteien ganz klar dessen bewusst sein, wie zerbrechlich der Frieden in Nordirland ist. Umso wichtiger ist daher die Unterstützung der EU für das PEACEPLUS-Programm. Die Rolle der EU bei der Förderung dieses Friedensprozesses kann gar nicht genug gewürdigt werden. In diesem Zusammenhang fordert der EWSA alle beteiligten Parteien dazu auf, aus eigener Initiative in der Öffentlichkeit für die Vorteile von PEACEPLUS zu werben und die in dem Programm vorgesehenen umfangreichen Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung in einer verständlichen und jugendfreundlichen Sprache zu schildern.

2. **Hintergrund**

2.1. Nach der Annahme des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und des Windsor-Rahmens haben sich die politischen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich deutlich verbessert. Auf Ebene der Zivilgesellschaft bilden Vertrauen und Zusammenarbeit die Grundlagen der Beziehungen, die nach wie vor verlässlich und freundschaftlich sind.

2.2. Diese Dynamik spiegelt sich auch in den außergewöhnlichen Beziehungen wider, die der EWSA seit 2021 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im gesamten Vereinigten Königreich pflegt und die dazu geführt haben, dass der EWSA Vereinbarungen mit der Civil Society Alliance UK und anschließend mit dem Scottish Advisory Forum on Europe unterzeichnet hat. Ferner zeigt sie sich auch in den Besuchen in London, Edinburgh, Belfast und Cardiff, die im Rahmen der Erarbeitung der vorliegenden Initiativstellungnahme und des Informationsberichts „Umsetzung des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich" (2023) ([25]) stattfanden, sowie in weiteren offiziellen und informellen Treffen zwischen EWSA-Mitgliedern und britischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus pflegt der EWSA sehr gute Beziehungen zu den zuständigen Vertretern der Mission des Vereinigten Königreichs bei der EU, des *Scotland House*, des *Wales House* und des *Northern Ireland Executive Office* in Brüssel.

2.3. Die wichtigsten Strukturen zur Überwachung der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und des Windsor-Rahmens sind zwar vorhanden, doch fehlt eine Vertretung des Jugendsektors. Hinsichtlich der regionalen Vertretung und der Ressourcen zur Ermöglichung der Teilnahme an diesen Strukturen (vor allem an den internen Beratungsgruppen) wurden verschiedene Problembereiche festgestellt.

([23]) https://commission.europa.eu/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes/citizens-equality-rights-and-values-programme_en?prefLang=de.
([24]) https://www.disabilityaction.org/.
([25]) https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/information-reports/implementation-eu-uk-withdrawal-agreement-including-protocol-ireland-and-northern-ireland.

3. **Besondere Bemerkungen**

3.1. Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Bezug auf junge Menschen werden vor allem von der Entscheidung des Vereinigten Königreichs beherrscht, sich nicht mehr am Programm Erasmus+ zu beteiligen. Wichtige Akteure aus der Wirtschaft, der Arbeitswelt und dem dritten Sektor sind sich einig, dass das Vereinigte Königreich wieder in das Programm Erasmus+ einsteigen sollte. Das britische Programm „Turing Scheme", das walisische „Taith"-Programm und vergleichbare britische Mobilitätsregelungen für die Situation nach dem britischen Austritt aus der EU sollten hiervon nicht betroffen sein, da ihr Anwendungsbereich deutlich stärker eingeschränkt ist und sie mit wesentlich geringeren Mitteln ausgestattet sind und somit Erasmus+ eher ergänzen als ersetzen können.

3.2. Auch wenn sich das Vereinigte Königreich – u. a. auf nationaler Ebene sowie in Schottland, Wales und Nordirland – bemüht hat, alternative Modelle zu Erasmus+ zu etablieren, wird im Jugendsektor der Standpunkt vertreten, dass diese mit Blick auf den Jugendbereich im Vereinigten Königreich weder mit den Möglichkeiten für Freiwilligenmobilität und nichtformales Lernen noch mit der finanziellen Ausstattung von Erasmus+ vergleichbar sind. Während über Erasmus+ früher für nichtformale Austauschmaßnahmen und andere Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Jugendorganisationen jedes Jahr strukturell und für einzelne Projekte beträchtliche Mittel bereitgestellt wurden (2020 bspw. erhielten insgesamt 201 Organisationen knapp 7 Millionen Euro), hat das Nachfolgerprogramm Turing (das ausschließlich auf die Mobilität von Studierenden ausgerichtet ist) bei zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen, die zuvor von Erasmus+ abhängig waren, eine finanzielle Lücke hinterlassen. Dazu zählt auch der *British Youth Council* (der nationale Jugendrat des Vereinigten Königreichs), der unmittelbar nach dem Brexit eine Kürzung seines jährlichen Budgets um 40 % verkraften musste, einschließlich aller international ausgerichteten Mittel, weil der Zugang zu Erasmus+ verlorenging. Wie berichtet, hat u. a. der Wegfall dieser Mittel, die langfristig nicht angemessen ersetzt werden konnten, dazu geführt, dass die Organisation am Donnerstag, den 21. März 2024, Insolvenz angemeldet hat. Dies verschärft die katastrophale Finanzlage im britischen Jugendsektor weiter, da der British Youth Council, einer der ältesten und bedeutendsten Jugendräte Europas, nach 75 Jahren im Dienst der Jugend Gefahr läuft, endgültig aufgelöst zu werden.

3.3. Aufgrund des Ausscheidens aus dem Programm Erasmus+ wurden zwei Ersatzprogramme aufgelegt: das Programm „Turing Scheme" für das gesamte Vereinigte Königreich und das „Taith"-Programm für Wales. Allerdings bleiben diese Programme hinter Erasmus+ zurück, was das Angebotsspektrum wie auch die Mittelausstattung angeht. Da das Taith-Programm bei den Jugendlichen auf eine vergleichsweise größere Resonanz stößt, ist es ein gutes Beispiel dafür, wie die Beantragung von Erasmus+-Mitteln erleichtert werden kann – ein Problem, auf das viele EU-Akteure immer wieder hinweisen. Aufschlussreich ist auch das Gesetz „Well-being of Future Generations (Wales) Act 2015" ([26]), mit dem öffentliche Stellen in Wales dazu verpflichtet werden, die langfristigen Auswirkungen ihrer Entscheidungen zu berücksichtigen, und das als vergleichbar mit dem EU-Jugendtest angesehen werden könnte. Darüber hinaus hat Wales in diesem Zusammenhang einen „Beauftragten für kommende Generationen" (Future Generations Commissioner) für Wales ([27]) ernannt.

3.4. Erasmus+ wird als ein elitäres Programm wahrgenommen, das vielen nicht zugänglich ist, mit komplizierten Antragsverfahren und ohne Ansprechpartner für grundlegende Fragen während des Antragsverfahrens. Diese Sichtweise entspricht nicht unbedingt der Realität, sollte aber korrigiert werden, wie der Erfolg des walisischen Programms Taith gezeigt hat.

3.5. Darüber hinaus sollte die EU, eventuell im Rahmen einer Kofinanzierung mit entsprechend interessierten britischen Partnern, die neuerliche Teilnahme junger Menschen aus dem Vereinigten Königreich an Programmen (u. a. Freiwilligentätigkeiten und nichtformale Lernangebote) wie Erasmus+ erleichtern, bis eine neue britische Regierung den Wiedereinstieg in das Programm beschließt. Das Vereinigte Königreich könnte in seinen aktuellen Programmen für junge Menschen in der EU umgekehrt dasselbe tun.

3.6. Die zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen im Vereinigten Königreich bedauern die Entscheidung der britischen Regierung, aus Erasmus+ auszusteigen – eine Entscheidung, durch die ihrer Meinung der britische Jugendsektor nicht nur von dringend benötigten Finanzmitteln, sondern auch von renommierten Programmen wie dem Europäischen Solidaritätskorps und der Konferenz EU-Jugenddialog abgeschnitten wurde – zwei Programmen, an denen das Vereinigte Königreich früher maßgeblich beteiligt war.

3.7. Britische zivilgesellschaftliche Organisationen im Jugendbereich berichteten darüber hinaus, dass sie zwar den Wiedereinstieg in Erasmus+ befürworten, das Programm aber zugänglicher und wirksamer gestaltet werden könnte, wenn es – wie Taith – geografischen Besonderheiten stärker Rechnung tragen und von Akteuren vor Ort verwaltet und betreut würde.

([26]) https://www.futuregenerations.wales/about-us/future-generations-act/.
([27]) https://www.futuregenerations.wales/.

3.8. Außerdem wurde von Jugendorganisationen generell der Wunsch nach einer besseren Förderung von Komponenten der informellen Bildung im Rahmen des Programms geäußert. Bliebe die Förderung dieser Komponenten durch die Kommission aus, so ihre Befürchtung, könne dies den falschen Eindruck verstärken, dass das Programm ausschließlich finanziell bessergestellten Schülern und Studierenden offenstehe.

3.9. Wenn man bedenkt, dass zwischen 2014 und 2018 Fördermittel in Höhe von 89,5 Millionen Euro an 376 im Vereinigten Königreich ansässige Organisationen aus dem Kultur- und Kreativbereich geflossen sind ([28]), hat der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus dem Programm „Kreatives Europa" die kulturellen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (sowie Schottland, Wales und Nordirland) erheblich beeinträchtigt ([29]).

3.10. Schottland, Wales und Nordirland müssen zivilgesellschaftliche Jugendorganisationen stärker strukturell einbinden, um die Wirksamkeit und Repräsentativität sowohl der internen Beratungsgruppe „EU-Vereinigtes Königreich" als auch des Forums der Zivilgesellschaft zu verbessern.

3.11. In der EU-Strategie für junge Menschen ([30]) heißt es: „Die Mitgliedstaaten sollten Jugendliche und andere Interessenträger dazu anregen, gemeinsame Initiativen ins Leben zu rufen, z. B. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Digitales, Sport, Nachhaltigkeit und internationale Zusammenarbeit, und dabei das Potenzial von EU-Fördermitteln voll ausschöpfen." Dieser Auszug aus der neuen EU-Strategie für junge Menschen könnte als Grundlage für die Ausarbeitung entsprechender gemeinsamer Jugendinitiativen der EU und des Vereinigten Königreichs herangezogen werden.

3.12. Der britische *Shared Prosperity Fund* (UKSPF) mit einem Umfang von 2,6 Milliarden GBP soll die europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Vereinigten Königreich ersetzen. Der UKSPF kann jedoch nicht mit den Finanzierungsmöglichkeiten des EFRE oder des ESF verglichen werden (zu denen Nordirland aufgrund des Brexits keinen Zugang mehr hat), da deren Programme in Partnerschaft mit lokalen Gebietskörperschaften ausgearbeitet wurden, die sämtlich über Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort verfügen. Beim UKSPF sind die Kommunen nicht an der Programmentwicklung beteiligt, was ungünstige Folgen haben kann, wenn es um lokale Probleme geht.

3.13. Initiativen wie PEACEPLUS und das *Shared Island Youth Forum* haben durch die finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Jugendorganisationen wesentlich zum Erhalt der Stabilität in Nordirland beigetragen. Es wurde jedoch beobachtet, dass die paramilitärischen Aktivitäten in Nordirland trotz dieser Programme zugenommen haben ([31]), was darauf zurückzuführen ist, dass sich junge Menschen in Nordirland, insbesondere auf kommunaler Ebene, zunehmend ausgeschlossen fühlen. Darauf wurde vor Kurzem auch vom Ausschuss für die Angelegenheiten Nordirlands des britischen Parlaments hingewiesen ([32]), und dasselbe Stimmungsbild zeigt sich auch in den Gesprächen des EWSA mit wichtigen nordirischen Interessenträgern sowie in den für diese Stellungnahme durchgeführten Befragungen.

3.14. Durch die besondere Situation in Nordirland sind Fragen, die sich auf Rechte beziehen, besonders heikel. Hierauf könnte am besten durch die Einrichtung einer Untergruppe „Rechte" innerhalb der gemischten beratenden Arbeitsgruppe EU/Vereinigtes Königreich eingegangen werden. Befürchtungen, dass Rechte, die im Abkommen von Belfast (Karfreitagsabkommen) festgelegt wurden, beschnitten werden, könnten so besser aus der Welt geschafft werden.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

([28]) https://www.ietm.org/en/node/11501.
([29]) https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/cult-committee-meeting_20240124-1430-COMMITTEE-CULT.
([30]) https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52018DC0269.
([31]) https://www.belfasttelegraph.co.uk/news/northern-ireland/paramilitaries-grooming-young-and-preying-on-single-mothers-report-finds/a23525029.html.
([32]) https://publications.parliament.uk/pa/cm5804/cmselect/cmniaf/43/report.html.